

Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie
Herrn Bundesminister
Peter Altmaier

11019 Berlin

2. Mai 2018

**Geben Sie den vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen endlich eine Stimme!
Offener Brief zur Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

als BewohnerInnen der Braunkohlereviere im Rheinland, der Lausitz und in Mitteldeutschland sind wir von den negativen Folgen des Braunkohlebergbaus unmittelbar betroffen und kämpfen seit Jahrzehnten gegen Umsiedlung und Zerstörung unserer Heimat durch die Tagebaue. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung einen Kohleausstieg beschließen will.

Dabei ist uns wichtig, dass der Kohleausstieg sozialverträglich ausgestaltet wird und die Regionen unterstützt und gestärkt werden. Uns empört jedoch, dass bei den sozialen Fragen des Kohleausstiegs die Stimme der Tagebaubetroffenen bislang kein Gehör findet. Für die Menschen, die für den Abbau der Braunkohle ihren Lebensmittelpunkt, ihr Eigentum und ihre Heimat aufgeben müssen und mussten, war die Braunkohleförderung und -verstromung noch nie sozialverträglich. Über 120.000 Menschen mussten in Deutschland bereits dem Braunkohletagebau weichen. Noch immer sollen rund 30 Dörfer und Ortsteile für eine schmutzige Uraltechnologie zerstört werden.

Sozialverträglichkeit bedeutet für uns deshalb auch, Menschen in den Revieren vor einer Zwangsumsiedlung zu bewahren und den Verfall unserer Dörfer zu stoppen. Aus diesem Grund bitten wir Sie ausdrücklich: **Stellen Sie sicher, dass in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ mindestens zwei VertreterInnen der Tagebaubetroffenen vertreten sind.** Zu lange wurden unsere Interessen von der Bundes- und den Landesregierungen nicht beachtet.

Fortschreitende Tagebaue haben viel zu lange den Einstieg in eine zukunftsfähige Strukturentwicklung verhindert. Im geplanten Abbaugbiet verschwinden funktionierende Infrastruktur, fruchtbare Ackerflächen und wirtschaftliche Wertschöpfung auf Kosten der Kohle. Ortschaften befinden sich plötzlich in einer Insellage oder unmittelbar am Tagebaurand. Tagebauplanungen bedrohen so auch die Existenzen von Unternehmen, Selbstständigen und Landwirten im Umland.

Der Verlust von Heimat, Traditionen, Natur- und Kulturgütern ist unwiderruflich. Zudem zerrütten die Drohkulisse einer Enteignung und die Unsicherheit über die Zukunft unsere Dorfgemeinschaften. Oft erkranken Betroffene an den Folgen des psychischen Drucks. Auch weit über die Tagebaukante hinaus werden die AnwohnerInnen durch Bergschäden in Folge von Grundwasserabsenkung, gesundheitsschädigenden Luftschadstoffen sowie Lärm und Staub ihrer Lebensqualität beraubt.

Um die zermürbende Unsicherheit und den Verfall unseres Lebensraums zu beenden, ist es wichtig, dass **Planungen für die Erweiterung bestehender Tagebaue und für neue Tagebaue wie Welzow-Süd II, Vereinigtes Schleenhain, Nochten II oder Lützen und die Umsiedlungsvorbereitungen gestoppt werden. Genehmigte Tagebaue wie Hambach, Garzweiler und Jänschwalde müssen den Realitäten des Kohleausstiegs angepasst und verkleinert werden.** Es darf nur noch so viel Braunkohle abgebaut werden, wie mit den deutschen Klimaschutzziele vereinbar ist.

Die Menschen in unseren Regionen sind nicht nur Beschäftigte, sondern auch Bürgerinnen und Bürger. Mit jedem Jahr, in dem die Kohlekraftwerke laufen, stehen das Glück, die Existenz und die Gesundheit tausender Menschen in den Revieren auf dem Spiel.

Lassen Sie die vom Tagebau betroffenen Menschen nicht im Stich. Suchen Sie das Gespräch mit uns und geben Sie uns die Möglichkeit, in der Kohlekommission die Zukunft und Perspektiven unserer Regionen mitzugestalten.

Mit freundlichen Grüßen

RHEINLAND

Josef Schumacher, Aktionsbündnis Stommeler Bürger "Leben ohne Braunkohle"

Andreas Cichy, Das Gelbe Band - Verbund der Grubenranddörfer

Reinhold Giesen, Dorffinteressengemeinschaft Wanlo e.V.

Norbert Bömer, Bürgerinitiative Saubere Luft e.V.

Josef Gillrath, Bürgerinitiative Stop Rheinbraun

Karl Heinz Ochs, Initiative Bergbaugeschädigter 50189

Andreas Büttgen, Initiative Buirer für Buir

Klaus Kubernus-Perscheid, Klimabündnis Niederrhein

Andreas Schuflitz, KlimaTisch Erkelenz e. V.

Peter Immekus, Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V., Vorsitzender

Brigitte Kaulen und Antje Pistel, Perspektive für Holzweiler

Irene Mörsch, Katholikenrat der Region Düren, Vorsitzende

Pfarrer i. R. Lutz Dittmar, Erkelenz-Lövenich

Pfarrer i. R. Günter Salentin, Erkelenz

Pfarrer i. R. Georg Neuhöfer, Kerpen-Buir

Pfarrer Hans Doncks, Nideggen

Pfarrerin Irene Weyer, Evangelische Gemeinde zu Düren

Dr. Thomas Landmann, Hausarzt und Internist, Pulheim

Karl-Rainer Graß, Arzt für Allgemeinmedizin, Golzheim

Dr. med. Ulrich Rosenkranz, Hausarzt und Internist, Golzheim

Christian Döring, Kinderarzt, Köln

LAUSITZ

Hannelore Wodtke und Günter Jurischka, Allianz für Welzow
Friederike Böttcher, Bündnis „Strukturwandel jetzt - kein Nochten II“
Thomas Burchardt, Klinger Runde
Petra Franz, Netzwerk Bergbaugeschädigter im Lausitzer Revier
René Schuster, Umweltgruppe Cottbus e.V.
Egbert S. Piosik, Bürgermeister der Gemeinde Wiesengrund
Jürgen Handreck, Ortsvorsteher Taubendorf
Gert Richter, Ortsvorsteher Guben-Deulowitz
Pfarrer Ingolf Kschenka, Seelsorger der Wenden/Sorben in der Niederlausitz, Jänschwalde
Pfarrer i. R. Mathias Berndt, Guben

MITTELDEUTSCHLAND

Andre Kremkow, Bürgerinitiative Pro Pödelwitz
Karl-Heinz Friedrichs, Bürgerinitiative saubere Luft und Umwelt
Dorothee Berthold, Bürgerinitiative Zukunft statt Braunkohle - Region Lützen
Uwe Weiss, Bürgermeister der Stadt Lützen
Frank Rösel, Bürgermeister der Stadt Pegau
Marlies Riedel, Ortsbürgermeisterin Röcken
Tilo Sievert, Ortschaftsrat von Berndorf
Wolfgang Gottheff, Ortschaftsrat Borau und Stadtrat Weißenfels
Jens Hausner, Ortschaftsrat von Großstolpen
Jürgen Schwarz, Ortschaftsrat von Kieritzsch
Thilo Kraneis, Kirchenvorstand und Kurator der Kirche in Pödelwitz
Pfarrer Armin Pra, Vorsitzender der Kirchspiele Lützener Land und Rippachtal
Pfarrerin Friederike Kaltoven, Kirchspiel Groitzsch
Maik Böhme, Aufsichtsrat der Agross e.G. Großstolpen

Kontakte für Rückfragen:

- Rheinland: Antje Grothus, Buirer für Buir, 0172-9216643, antje.grothus@buirerfuerbuir.de
- Lausitz: Rene Schuster, Umweltgruppe Cottbus, 0151-14420487, umweltgruppe@keintagebau.de
- Mitteldeutschland: Jens Hausner, Pro Pödelwitz, 0152-24773502, jens-hausner@t-online.de/ Dorothee Berthold, Zukunft statt Braunkohle - Region Lützen, 034444/21343, dorotheeberthold@arcor.de

Dieser Brief geht in Kopie an die Bundeskanzlerin, den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, die Bundesministerin für Umwelt, Natur und nukleare Sicherheit und den Bundesminister für Arbeit und Soziales.